



BERLINER WSSERTISCH - Presseteam

IHK Kurzgutachten: Pseudo-wissenschaftliche Meinungsmache gegen Rekommunalisierung

339 Mio. Euro erzielten die Berliner Wasserbetriebe im Jahr 2007 als Gewinn. Es geht also um viel Geld beim Thema Wasserbetriebe (BWB). Daher überrascht das Ergebnis der jüngst veröffentlichten Studie der Industrie- und Handelskammer (IHK) zur Rekommunalisierung der BWB nicht: alles soll so bleiben, wie es ist. Eine Rücküberführung

der BWB in Landeseigentum brächte kaum Erleichterungen für die Verbraucher, gleichzeitig würden die Schulden des Landes stark steigen. Die vor kurzem begonnene – und mit dem Volksentscheid vom 13. Februar entscheidend vorangebrachte - Debatte um die Rekommunalisierung müsse aufhören, fordert die IHK.

Diesen Maulkorb lässt sich der Berliner Wassertisch nicht umbinden. Wir bewerten die IHK-Studie als ein schlecht ausgeführtes, mit zahlreichen Lücken versehenes Gefälligkeitsgutachten im Interesse der IHK-Mitglieder RWE und Veolia sowie den einseitig auf Unternehmensinteressen ausgerichteten Parteien CDU und FDP.

Die schlechte Ausführung beginnt beim Vergleich aktueller Wasserpreise. Wer Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder zum Vergleich heranzieht, vermengt unvergleichbare Größenordnungen miteinander. Der Maßstab für Berlin und die Berliner sind bundesdeutsche Großstädte. Legt man diesen Maßstab an, liegt Berlin bei den Preisen mit an der Spitze, vor Hamburg und München.

Nimmt man Trinkwasser- und Abwasserkosten zusammen, so sind die Kosten für die Berliner Haushalte seit der Wasserteilprivatisierung um 35 Prozent gestiegen. Diese Angaben verschweigt die Studie.

Sie unterschlägt weiter, dass es in den 90er Jahren in Ost-Berlin zu höheren Preissteigerungen kam, da die Wasserpreise der DDR vorher mit großem Abstand niedriger als die des Westens lagen.

Keine Aussagen macht die Studie zum Niveau der erforderlichen Investitionen in die Berliner Leitungsnetze. Erst durch Rohrbrüche an prominenten Stellen wurde in letzter Zeit bekannt, dass unter Berlin noch viele Rohre liegen, die 125 Jahre alt sind. Auch das Bundeskartellamt bestätigt eine geringe Investitionstätigkeit.

Ebenfalls keine Aussagen findet man in der Studie zur ungleichen Verteilung der BWB-Gewinne: 2008 flossen zum Beispiel (als Ergebnis von 2007) 149 Millionen Euro in den Landeshaushalt und 190 Mio. Euro an RWE und Veolia – und das, obwohl die beiden Privaten nur die Minderheit der Anteile an den BWB halten.

Die Berechnung der Rückkaufsumme bei einer Rekommunalisierung folgt den Rendite-Erwartungen der privaten Investoren. Es werden Unternehmenswertberechnungen zugrunde gelegt, die auf Schönrechnen zugunsten der Privatinvestoren hinauslaufen. Durch das Heranziehen eines niedrigen Geldmarktzinses statt des höheren Kapitalmarktzinses für die Rendite wird der „Wert“ der Unternehmensanteile der Privaten nach oben manipuliert, um die Vorteile einer Rekommunalisierung so gering wie möglich erscheinen zu lassen. Das Vergleichbarkeitsprinzip wird verletzt, indem man für die Fremdkapitalzinsen die Zinsen der DEGEWO, eines Wohnungsbauunternehmens, ansetzt. Warum nicht die der Kantine von nebenan? Eine solche Unternehmenswertberechnung ist schlicht fachlich unseriös: angesichts derartiger Manipulationsmethoden drängt sich der Verdacht käuflicher Wissenschaft auf: Das Gutachten kann hier selbst einfachsten betriebswirtschaftlichen Ansprüchen nicht genügen, auch wenn es von der IHK veröffentlicht wurde!

Der Berliner Wassertisch geht an das Problem anders heran. Wir stellen die Frage nach der Profitorientierung der Berliner Wasserbetriebe. Wir fordern eine Senkung der Wasser- und Abwasserpreise durch Wegfall der Profite und durch zweckgebundenen Einsatz der Einnahmen für Ver- und Entsorgung von Wasser.

Es ist zwar zweifellos richtig, dass Wirtschaftssenator Wolf jetzt nicht überstürzte Rückkaufsverhandlungen führen soll (während der noch viel tiefer in das ganze unselige Unterfangen verstrickte Wowereit so tut, als ginge ihn das alles gar nichts an).

Das ist in der Tat auch der Standpunkt des Berliner Wassertisches – aber aus ganz anderen Gründen und mit ganz anderen Absichten: nämlich Gemeinwohlorientierung, kostengünstige Rekommunalisierung - und demokratische Transparenz bei allen weiteren Schritten auf diesem Weg. Und dazu bedarf es erst einmal einer korrekten Analyse, von der die IHK-Stellungnahme weit entfernt ist.

Berliner Wassertisch, Presseteam

Kontakt:

- Gerhard Seyfarth, Tel. (030) 75 70 28 97
- Michel Tschuschke, Tel. (030) 784 59 41 oder 0163 664 87 39, E-Mail: unserwasser@gmx.de
- Ulrike Fink von Wiesenau, Tel. (030) 781 46 04, E-Mail: ulrike.fink.von.wiesenau@gmx.de